

2012-03-19

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



Niederschrift

über die Sondersitzung des Haupt- und Personalausschusses zum Haushalt 2012
am 16.11.2011

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 18:00 Uhr
Sitzungsort: Raum 228, Rathaus Dessau

Es fehlten:

Fraktion der CDU

Kolze, Jens

Fraktion Bürgerliste/DIE GRÜNEN

Eichelberg, Ingolf

Weber, Ralf-Peter Dr.

Unentschuldig

Fraktion Pro Dessau-Roßlau

Bönecke, Matthias

Fraktion der FDP

Neubert, Jürgen Dr.

Verwaltung

Raschpichler, Gerd Dr.

Öffentliche Tagesordnungspunkte

- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Die Ausschussvorsitzenden des Haupt- und Personalausschusses, **Herr Koschig** und des Finanzausschusses, **Herr Bönecke** begrüßten die Ausschussmitglieder, stellten die frist- und formgerechte Ladung und die Beschlussfähigkeit des Haupt- und Personalausschusses mit 7 anwesenden stimmberechtigten Mitgliedern und des Finanzausschusses mit 6 anwesenden stimmberechtigten Ausschussmitgliedern fest.

- 2. Beschlussfassung der Tagesordnung**

Zur ausgereichten Tagesordnung bestand kein Änderungsbedarf. Die Mitglieder des Haupt- und Personalausschusses und des Finanzausschusses stimmten der Tagesordnung jeweils einstimmig zu.

3. Öffentliche Anfragen und Informationen

Frau Ehlert, Fraktion Die Linke, bezog sich auf eine Mitteilung im Radio, dass der Stadt Dessau-Roßlau 2 Mio. € mehr Mittel im Haushalt zur Verfügung stehen, was sicherlich das sei, was durch den Haushaltsvollzug evtl. in 2011 noch bleibt.

Erwidernd legte **Frau Nußbeck** dar, sie könne sich vorstellen, dass es sich um die Investitionshilfe handelt. Hierzu hatte man schon informiert, dass das FAG im Entwurf wieder zu dem alten Verteilerschlüssel zurückgegangen ist. Mit den 50 Mio. €, die Herr Bullerjahn in dem Topf lassen will und dem neuen Verteilerschlüssel würde das für uns bedeuten, dass wir 2,2 Mio. € Mehreinnahmen (echte Eigenmittel) hätten, als man jetzt in dem Entwurf vorfindet. Diese seien also in dem, was wir heute beraten, noch nicht untersetzt. Alle Ämter wurden noch einmal abgefragt und der Bedarf konkretisiert. Eine entsprechende Änderungsliste werde erstellt und zur nächsten Haushaltsberatung am 23.11.2011 vorgelegt, so dass man dann zum Vermögenshaushalt eine Änderungsliste haben werde.

4. Beschlussfassungen

4.1. Haushaltsplan 2012

Vorlage: DR/BV/379/2011/II-20

4.1.1. Vermögenshaushalt

4.1.1.1 Einzelplan 0 - Allgemeine Verwaltung

.

Frau Ehlert, Fraktion Die Linke, bezog sich auf Seite 552, Abschnitt 02, UA 02200, HHSt. 93500 Ausgaben für Hard- und Software. Da in den letzten Jahren das als Deckungsquelle für andere Aufgaben genommen wurde, man gleichzeitig aber vor der Einführung der Doppik, dem Forderungsmanagement und dem Personal, welche die neue Technik braucht, stehe, stellte sie die Frage, ob die Summen wirklich dafür eingesetzt werden.

Man habe in diesem Jahr schon während der Haushaltsplanung eine Kürzung, auch unserer Bedarfsanmeldungen, erfahren müssen, erwiderte **Frau Nußbeck**. Insofern werden in diesem Jahr die Mittel in vollem Umfang abfließen. Man werde noch den einen oder anderen Haushaltsrest bilden müssen, aber den Deckungsring für etwas Anderes werde es nicht geben.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, verwies auf die letzte Sitzung des Ausschusses für Bau, Verkehr und Umwelt, in der sich die Fraktionen darauf geeinigt haben, zu den erarbeiteten Schwerpunkten der Prioritätenliste vor der Beschlussfassung im Stadtrat schriftlich Stellung zu nehmen. Es könne also sein, dass zur Problematik der Schwerpunktsetzung noch entsprechende Vorschläge kommen.

Herr Kleinschmidt, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, ging auf Seite 561, Hard- und Software ein und erklärte, es gebe Kooperationsbestrebungen mit den städtischen Betrieben auch auf dem Gebiet der EDV. Er fragte, ob etwas dabei herausgekommen ist.

Bei der Kommunikationstechnik kooperiere man sehr intensiv und es gebe auch einen Konsolidierungsvorschlag, entgegnete **Frau Nußbeck**. Aus diesem habe man über 50 T€ Konsolidierungsbeitrag aus den Kommunikationssystemen generieren können. In einer Arbeitsgruppe arbeite man weiter mit der DATEL. Allerdings werde sich die Zusammenarbeit auch in Zukunft immer auf bestimmte Teilbereiche konzentrieren müssen. Das, was man sich ursprünglich einmal vorgestellt habe, dass die DATEL für uns im weitesten Sinne das Rechenzentrum sein könnte, werde bei über 50 Fachprogrammen nicht leistbar sein. Allerdings gebe es einige Dinge, die man gemeinsam nutze und wo auch Synergieeffekte möglich sein werden. Z. B. arbeite man bei dem Projekt Geodienste auch gemeinsam weiter.

4.1.1.2 Einzelplan 1 - Öffentliche Sicherheit und Ordnung

.

Zum Einzelplan 1 – Öffentliche Sicherheit und Ordnung bestanden keine Fragen, so dass keine Diskussion geführt wurde.

4.1.1.3 Einzelplan 2 - Schulen

.

Frau Ehlert erklärte bezüglich der Seite 580, Abschnitt 21, UA 21102 Grundschule Friederikenstraße, dass die Prioritätensetzung für diese Schule zwingend notwendig ist. Sie brachte nochmals ihr Bedauern zum Ausdruck, dass die Prioritätenliste nicht beschlossen wurde. Dieses Objekt sei eines der dringenden im Bereich Schule und Bildung.

Der Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt werde sich zur Prioritätenliste bekennen, bemerkte **Herr Schönemann**. Jede Fraktion habe jetzt die Möglichkeit, sich diesbezüglich zu artikulieren. Dieses Dokument werde als Arbeitsgrundlage genommen.

Auf die Frage von **Herrn Schönemann**, wann im Rahmen der Sanierung der Sekundarschule „Am Schillerpark“, UA 21204, mit einem Abschluss zu rechnen ist, erwiderte **Frau Wendeborn, Leiterin des Schulverwaltungsamtes**, dass die Übergabe des Objektes im April an das Amt und der Umzug im Mai erfolgen werden.

Herr Ehm bezog sich allgemein auf die erhöhten Zuweisungen für Hard- und Software, welche sicherlich für die Einrichtung oder Verbesserung von Computerkabinetten in den einzelnen Schulen eingestellt seien. Dies wurde von **Frau Wendeborn** bestätigt, das basiere auf einer bis 2013 geltenden Richtlinie und werde mit 75 % gefördert.

4.1.1.4 Einzelplan 3 - Wissenschaft, Forschung, Kulturpflege

.

Zum Einzelplan 3 - Wissenschaft, Forschung und Kulturpflege - wurde keine Diskussion geführt.

4.1.1.5 Einzelplan 4 - Soziale Sicherung

.

Frau Nußbeck erwiderte aufgrund der Frage von Frau Lütje bezüglich der Nullwerte im Unterabschnitt 46, Haushaltsstelle 46070 – Haus „Kreuzer“, dass in diesem Jahr keine Maßnahmen durchgeführt werden, also keine Investitionen vorgesehen sind. Im Verwaltungshaushalt seien sie finanziert, aber hier gehe es darum, ob an den Gebäuden oder Grundstücken Maßnahmen investiver Art durchgeführt werden. Ergänzend legte **Frau Wirth** dar, die Nullwerte erscheinen, weil man verpflichtet ist, drei Jahre auszuweisen.

4.1.1.6 Einzelplan 5 - Gesundheit, Sport, Erholung

.

Auf die Bemerkung von **Frau Ehlert** zum UA 57, Haushaltsstelle 57200, Stadtschwimmhalle Askanische Straße, dass nach vorliegenden Informationen aus der letzten Sitzung die Variante des Umbaus in Einzeletappen teurer ist, als ein Gesamtumbau, verwies **Herr Bönecke** darauf, dass dies die Südschwimmhalle betreffe.

Zum UA 58, Haushaltsstelle 58000 Park- und Gartenanlagen, ging **Herr Pätzold** auf die Nr. 36160 – Zuweisung vom Land für Gestaltung Festplatz Lindenstraße Meinsdorf und Nr. 36161 – Zuweisung vom Land für Aufwertung des Umfeldes des Turmes der acht Winde, Mildensee - als Ein- und Ausgaben ein. Das seien zwei Positionen, die durch die Ortschaftsräte auch in Projekten der Ortschaften mit einer Gesamtsumme von 150 T€ bestätigt wurden. Es seien nur diese beiden Projekte mit hineingenommen worden, alle anderen Projekte sind herausgefallen und in das Jahr 2013 verschoben worden. Es gebe einen Beschluss der Ortsbürgermeister über eine Prioritätenliste, wo die Dinge im gegenseitigen Einvernehmen einstimmig beschlossen wurden. Diese beinhalte noch mehr Maßnahmen, weshalb sich die Frage stellt, warum der Beschluss der Ortsbürgermeister nicht zur Wirkung komme.

Herr Schwarzbach, Leiter des Amtes 12, erwiderte, über die anderen Projekte der Ortschaften soll in der nächsten Woche mit der dann zur Verfügung stehenden Änderungsliste diskutiert werden.

Für die Ortschaftsräte sind 400 T€ nach den Vorschlägen der Ortschaftsräte untersetzt, erklärte **Frau Nußbeck**.

Es waren einmal 200 T€ für Rodleben, 150 T€ für Brambach und 50 T€ für die sonstigen, entgegnete **Herr Pätzold**. Es gab eine Aufteilung, wo Rodleben und Brambach 250 T€ und die anderen 150 T€ bekommen. Das haben die Ortsbürgermeister in der Sitzung am 21.07.2011 beschlossen.

Dazu gebe es einen Stadtratsbeschluss, diese 400 T€ als Budget zu geben und eine Anmeldung, die hier aufgenommen wurde, erklärte **Frau Nußbeck**. In dem gesamten Haushalt finde man 400 T€ Investitionen für Ortschaften. Auf die Frage von Herrn Pät-

zold, wo diese Summe stehe, bemerkte Frau Nußbeck, man müsse der Gliederung folgen und könne nicht die Ortschaften extra ausweisen.

Frau Wirth verwies auf den auf der Seite 134 des Haushaltsplanes dargestellten Vorbericht, in dem die Maßnahmen entsprechend in zwei Deckungskreisen aufgelistet sind. Das sind die Projekte Ortschaftsräte in Höhe von 248 T€ und Projekte Budget Rodleben in Höhe von 327.300 €, was eine reine Ausgabenaufstellung sei und sich noch reduziere, weil für einige Maßnahmen Einnahmen zur Finanzierung gegenüberstehen.

Wenn man diese Haushaltsstellen nehme, finde man jede einzelne Ortschaft, ergänzte **Frau Nußbeck**. Wenn die ganz rechte Spalte (VD) immer eine 12 oder 16 ausweist, betreffe es immer den Ortschaftsrat. Es wurde unverändert aufgenommen, was angemeldet wurde, führte **Frau Wirth** an.

Herr Schwarzbach ergänzte, das Amt 12 habe für die 150 T€, welche die Ortschaftsräte als Teil des Gesamtbudgets, abzüglich Rodleben und Brambach, beschlossen haben, in 7 Teilmaßnahmen untersetzt und mit Fördermittelzusagen angemeldet.

Aufgrund der Bemerkung von **Herrn Pätzold**, diese nicht im Haushaltsplan zu finden, verwies **Frau Wirth** auf die Seite 624, 36600 Heimatpflege. Hier gebe es einen Zuschuss an den Verein zur Förderung der Dorfentwicklung in Mosigkau zur Förderung von Investitionen in Höhe von 30 T€. Auf der Seite 658 finde man 2 Zuschüsse unter dem Naturbad Mosigkau, einmal für LEADER-Projekte und für Investitionen. Im Unterabschnitt 58000 sei auf der Seite 662 die Gestaltung Festplatz Lindenstraße Meinsdorf dargestellt.

Auf die Frage von **Frau Lütje** eingehend, bis wann das Radwegekonzept entwickelt werden soll, da keine Mittel eingestellt sind, legte **Herr Hantusch** dar, Radwege kommen über die 2,2 Mio. €

4.1.1.7 Einzelplan 6 - Bau- und Wohnungswesen, Verkehr

.

Herr Kleinschmidt bezog sich auf den UA 61, Haushaltsstelle 61530 – Städtebauliche Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen - Stadtumbau Ost, Nr. 96032, Aufwertung Umfeld Wasserturm. Bezüglich der ausgewiesenen 180 T€ für das Jahr 2011 fragte er, ob damit nur die Aufwertung der 200 m² Fläche gemeint ist oder was sich hinter dieser Zahl verberge.

Herr Schmieder, Leiter des Amtes 60, legte dar, das war im Rahmen des Stadtumbaus in 2011 angedacht, aber die dazugehörigen Fördermittel sind nicht gekommen. In den Plan habe man sie aber genommen, weil es aus dem Stadtumbau beantragt war. Es handele sich nicht um Sicherungsmaßnahmen.

Aufgrund der Aussage von Herrn Kleinschmidt, dass es eine Zuweisung in Höhe von 154 T€ gebe und die Ausgaben 180 T€ betragen, erklärte **Frau Nußbeck**, die Summe sei beantragt, aber nicht bewilligt worden. Damit stehe sie zwar im Plan, im Ist werde aber eine Null stehen.

Zur Seite 687 verwies **Frau Nußbeck** auf die aufgeführte Ortschaftsratsmaßnahme 96100 – Erneuerung Fußweg zwischen Dorfstr. 6 und 6a in Mühlstedt und Aufwertung Kirchengrundstück Großkühnau.

Auf die Anregung von **Herrn Schönemann**, die entsprechenden Maßnahmen mit OR zu kennzeichnen, sagte **Frau Wirth** zu, dies separat machen zu können.

Herr Ehm verwies auf die Seite 694, UA 66, Haushaltsstelle 66000-36106 Zuweisung vom Land für Brückenbauwerk 11, Muldebrücke im Zuge der B 185. Das sei grundsätzlich falsch und gehe an den Beschlüssen des Stadtrates vorbei. Er fragte, ob die Beschlüsse des Stadtrates gelten oder nicht.

Es gibt keinen Beschluss des Stadtrates, das Brückenbauwerk nicht zu machen, erklärte **Herr Oberbürgermeister Koschig**.

Es gebe mehrere Beschlüsse des Stadtrates, dass die Ostrandstraße und die 2. Muldebrücke Vorrang haben, was er hier nicht wiederfinde, stattdessen finde er etwas, was vom Stadtrat nicht beschlossen wurde, stellte **Herr Ehm** fest. Dies hätte er gern korrigiert.

Der Beschluss des Stadtrates werde auch umgesetzt, gab **Herr Oberbürgermeister Koschig** zur Kenntnis. Momentan habe man aber kein Baurecht.

Der Vermögenshaushalt solle so aufgeschrieben werden, wie es Beschlusslage des Stadtrates ist, äußerte **Herr Ehm**. Er stellte den Antrag, den Text zu ändern in: „Zuweisung vom Land für 2. Muldebrücke und Ostrandstraße.“ Dies gelte auch für die Ausgabepositionen.

Frau Wirth stellte richtig, dass es zweite Muldebrücke **oder** Ostrandstraße heißen müsse.

Auf die Frage von **Herrn Schönemann**, was der Oberbürgermeister plane, entgegnete **Herr Koschig**, man befinde sich in einem Planfeststellungsverfahren für die Ostrandstraße, was jetzt mit der Lichtsignalanlage aktualisiert werde. Man werde sich zukünftig dem Baurecht nähern. Gleichzeitig müsse man sich beim Land rechtzeitig melden, welche Mittel bis 2014 abfließen sollen. Dem Stadtrat wurde vorgeschlagen, neben der Vorbereitung der Ostrandstraße jetzt die Sanierung des Bauwerks 11 vorzubereiten. An beiden Maßnahmen werde gearbeitet.

Das sei nicht Beschluss des Stadtrates, betonte **Herr Ehm**. Er bestehe auf die Einhaltung der Stadtratsbeschlüsse. Eigentlich müsse man ein Disziplinarverfahren gegen den Verantwortlichen einleiten, weil konsequent gegen den Souverän dieser Stadt, gegen den Stadtrat, gehandelt werde. Er würde das als Sabotage bezeichnen.

Grob zusammengefasst habe der Stadtrat beschlossen, dass beide Projekte parallel vorangetrieben werden, mit der Priorität auf der zweiten Muldebrücke und Fertigstellung der Ostrandstraße, stellte **Herr Bönecke** fest. Der Vorschlag von Frau Wirth sei korrekt, hier 2. Muldebrücke **oder** Ostrandstraße aufzunehmen. Korrekterweise sollte die Ostrandstraße mit 2. Muldebrücke an erster Stelle stehe, als erste Priorität, damit das im Haushalt auch deutlich werde.

Frau Wirth bemerkte, man sei haushalterisch daran gehalten, nicht zwei Maßnahmen in einer Haushaltsstelle abzubilden. Es werde also zwei Haushaltsstellen geben. Die eine werde Ostrandstraße und die andere Brückenbauwerk 11 heißen. Man könnte zwischen beiden Haushaltsstellen einen Deckungsvermerk anbringen, so dass man dann entsprechend der Entwicklungen flexibel reagieren könne. Dieser Haushaltsentwurf war fertig, bevor der Stadtrat die Beschlussvorlage der Verwaltung abgelehnt hat.

Es sei Beschlusslage des Stadtrates seit 15 Jahren, mit dem Generalverkehrsplan die zweite Muldebrücke zu bauen und die Ostrandstraße fertig zu stellen, stellte **Herr Ehm** fest. Dass hier Verzögerungen stattgefunden haben, stehe auf einem anderen Blatt. Dass gesagt wird, man bekomme das nicht fertig, stattdessen renovieren wir die Muldebrücke, sei nicht Beschlusslage des Stadtrates. Allenfalls sei Beschlusslage des Stadtrates, wenn die Ostrandstraße und 2. Muldebrücke wirklich nicht zu schaffen wären, dann sei die Muldebrücke zu sanieren.

So werde es auch sein, weil beide Vorhaben bauseitig im Haushalt parallel nicht abgebildet werden, merkte **Frau Wirth** an.

Er habe damit kein Problem, führte **Herr Hantusch** aus. Die Ostrandstraße habe noch Priorität. Man sollte zusehen, dass man das Bauvorhaben mit den höchsten Kosten haushalterisch abbildet, dann werde man auf ein Bauvorhaben überschwenken, egal welches es ist. Der Vorschlag von Frau Wirth sei korrekt, mit diesem Deckungskreis beide herüberzuziehen.

Sie bitte dann um eine entsprechende Mittelanmeldung, erwiderte **Frau Wirth**.

Herr Dreibrod brachte seinen Unmut zur Kenntnis, dass hier ein Alternativvorschlag eingearbeitet wird, der die Stadtratsbeschlüsse umsetzt, nur weil Herr Ehm sich nicht abweisen lasse. Normalerweise hätte man heute ein Änderungsblatt vorliegen haben müssen.

Hier stehe nur die Ostrandstraße drin und nicht das Bauwerk 11, erwiderte **Herr OB Koschig**. Er finde den Vorschlag gut, aber als Tagungsleiter müsse er fragen, ob zu dieser Verfahrensweise Einverständnis besteht.

Herr Schönemann bat darum, dass im Schadensfall das Bauwerk 11 durch die Verwaltung sondiert wird, weil das theoretisch die verkehrstechnische Hauptschlagader ist und die Erschließung der Stadt insgesamt betreffe. Im Schadensfall könne man die Stadt diesbezüglich nicht hängen lassen. Deshalb sei vorab zu klären, was zu tun ist und in welcher Art und Weise man dann agieren könne. Man brauche also nicht zu warten, bis es soweit ist.

Eigentlich stehe bezüglich des Verhaltens der Verwaltung heute schon fest, dass am Ende das Bauwerk 11 gebaut wird und das andere nicht, erklärte **Herr Ehm**. Das sei nicht Beschlusslage des Stadtrates und dürfte demnach nicht hier drinstehen. Der Stadtrat müsse überlegen, ob man das disziplinarisch durchgehen lässt.

Trotzdem solle sich um das Brückenwerk 11 gekümmert werden, merkte **Herr Schönemann** an. **Herr Ehm** erklärte, das sei etwas ganz anderes. Sicherlich habe man da

ein Problem in der Stadt. Er wisse auch, welche Gefahr im östlichen Stadtteil droht. Das Problem bestehe aber darin, dass der seit 1 ½ Jahren bestehende Auftrag im Generalentwicklungsplan, die zweite Muldebrücke und die Ostrandstraße zu bauen, jahrelang sabotiert worden ist.

Er habe sich dafür eingesetzt, dass das Planfeststellungsverfahren eingeleitet wird, entgegenete **Herr Oberbürgermeister Koschig**. Man sei hier dran und seit der Fusion ist intensiv daran gearbeitet worden.

Es könne nicht sein, dass hier plötzlich ein ganz anderer Titel und die eigentliche Aufgabe nicht mehr im Haushaltsplan stehen, erwiderte **Herr Ehm**.

Herr Dreibrodt legte dar, seine Kritik war allgemeiner Art, die Verwaltungsspitze sei in der Pflicht, die Stadtratsbeschlüsse umzusetzen. Es könne nicht sein, dass die Stadträte aufpassen müssen, damit die Stadtratsbeschlüsse auch wirklich umgesetzt werden.

Herr Ehm stellte den **Antrag**, im Haushaltsplan für das Jahr 2012 die Ostrandstraße und die zweite Muldebrücke aufzunehmen.

Weiterhin führte er aus, das Brückenbauwerk 11 stehe auf einem anderen Blatt, jedenfalls sei es nicht für 2012 geplant. Um das Problem Bauwerk 11 möge sich das zuständige Dezernat kümmern, ohne die Ostrandstraße und die 2. Muldebrücke zu vernachlässigen. Wenn beide alternativ drinstehen, wisse er, dass die Ostrandstraße und die zweite Muldebrücke nicht gebaut werden.

Herr Ehm müsse auf dem Teppich bleiben und zuhören, erklärte **Herr Hantusch**. Seitens der Verwaltung sei ein klarer Vorschlag gemacht worden. Man habe sich vorher in der OB-DB dazu verständigt, beide Haushaltsstellen abzubilden, was dem Stadtratsbeschluss entspricht. Insofern sei das von Herrn Ehm Gesagte nicht richtig, denn es müsse beides im Haushalt abgebildet werden und ein Deckungskreis hinter beiden stehen. Es komme noch eine dritte Variante hinzu, dass, wenn wir die Ostrandstraße bauen, wir für das Bauwerk 11 doch weiteren Case mit in den Haushalt einbauen, um handlungsfähig zu bleiben. In der Tat habe die Verwaltung vorschnell gehandelt, denn man hätte die Ostrandstraße hineinschreiben müssen. Insofern gebe er Herrn Ehm Recht. Man dachte, man bekomme die Beschlüsse hin, weil man es gut aufgezeigt habe. Das war ein Fehler, denn man hätte die Ostrandstraße abbilden müssen. Jedoch müsse man die Verwaltung nicht ständig an den Pranger stellen.

Das sei ein brennendes Thema für die Stadt, insbesondere für die östlichen Stadtteile, damit diese nicht eines Tages ohne Rettungsversorgung dastehen, erwiderte **Herr Ehm**. Die Verwaltung habe konsequent gegen die Beschlüsse des Stadtrates gehandelt.

Herr Koschig schlug vor, über den Vorschlag der Verwaltung, die Ostrandstraße aufzunehmen, abzustimmen.

Herr Bönecke brachte zum Ausdruck, die von Herrn Ehm vorgebrachte Schärfe nicht zu verstehen. Bei den Ausgaben müsse das Bauwerk 11 stehen bleiben, weil man in 2010 und 2011 die Mittel drin hatte. Deshalb werde diese Position auch weiterhin an dieser Stelle auftauchen. Wenn man jetzt, wie von Frau Wirth vorgeschlagen, im Aus-

gabebereich die Ostrandstraße mit zweiter Muldebrücke aufnimmt, zusätzlich auf die 2,5 Mio. € im Ausgabebereich verweist und den Querverweis zum Deckungskreis anbringt, sei genau das erfüllt, was im Stadtratsbeschluss gefordert ist.

Hier sei konsequent seit Jahren gegen Stadtratsbeschlüsse verstoßen worden, erwiderte **Herr Ehm**. Wenn man genau hinsehe, finden an der Muldebrücke 11 Baugrunduntersuchungen statt. D. h. es wird schon gebaut, während an der zweiten Muldebrücke und der Ostrandstraße gar nichts stattfindet. Das habe nicht einmal mehr hier drin gestanden, was er gegenüber dem Stadtrat unmöglich finde.

Die Kritik wäre früher angebracht gewesen, bemerkte **Herr Schönemann**.

Herr Koschig brachte zur Abstimmung, den **Vorschlag der Verwaltung mit Deckungskreis in den Haushalt aufzunehmen**.

Dem **Vorschlag** wurde **zugestimmt**.

Haupt- und Personalausschuss: 06:01:02

Ausschuss für Haushalt und Finanzen: 06:01:02

Herr Ehm bezog sich auf die Seite 698, UA 69, HH-Stelle 69100 – Wasserläufe, Wasserbau. Angesichts der prekären Situation an vielen Stellen der Stadt erscheinen ihm die für 2012 eingeplanten 45.600 € sehr gering. Die Stadt habe dem Land einen Bedarf von 7,5 Mio. € aufgezeigt. Wenn weiteres Geld zur Verfügung stehen sollte, sei das eines der wichtigsten Themen.

Herr Hantusch legte dar, man habe bei dem, was evtl. noch kommen werde, etwas mehr eingestellt. **Frau Nußbeck** ergänzte, die Mittel seien nicht nur vom Dezernat VI angemeldet worden. Der Entwurf werde etwas vorsehen, aber er werde nicht 1 zu 1 die Liste aus dem Bauausschuss abbilden können, weil man eine gesamtstädtische Betrachtung mache. Es sei immer in Rede, dass es dazu auch Förderprogramme geben soll, was Eigenmittel einsparen würde. Wenn es tatsächlich dazu etwas gibt und man das vervielfältigt, sei mehr drin.

Die Liste zur Aufstockung wurde in der letzten Sitzung des Bauausschusses ausgehändigt und befinde sich in den Fraktionen, informierte **Herr Schönemann**.

Bezüglich der Frage von **Herrn Ehm**, ob die anwesenden Stadträte auch seiner Ansicht sind, dass hier deutlich mehr eingestellt werden müsse, erwiderte **Frau Ehlert**, das sei unstrittig und wurde hier auch schon einmal angesprochen. Es sollte auf die zugesagte Liste gewartet und dann der Antrag auf Aufstockung gestellt werden, denn das Problem betreffe alle Ortschaften.

Er habe in der Prioritätenliste die Stelle herausgesucht, aus der sich die 45.600 € im Haushalt speisen, bemerkte **Herr Bönecke**. Nach der Abstimmung im Bauausschuss seien jetzt zusammen mit der Haushaltsstelle 96110 ca. 830 T€ vorgesehen als Vorschlag Auffüllung Sonderzuweisungen.

Diesen Hinweis hätte er jetzt auch noch gegeben, erwiderte **Herr Schmieder, Leiter des Bauverwaltungsamtes**. Er verwies auf das Investitionsprogramm, wo Maßnahmen, die man unter diesem Titel insgesamt zusammenfassen könnte, in Höhe von

800 T€ eingestellt sind, was jedoch auch noch zu wenig sei. Wenn Förderungen kommen, gebe es die Möglichkeit, das aufzustocken oder auch mit Sonderzuweisungen aufzufüllen. Die Vorschläge, die das Amt zur Untersetzung der Einzelmaßnahmen machen könne, kommen aus den 7,5 Mio. €.

Die im Bauausschuss ausgereichte Liste sei noch nicht in der OB-Dienstberatung abgestimmt, merkte **Herr Hantusch** an. D. h. man sei hier deutlich in Konkurrenz mit den anderen Dezernaten.

Er sei überrascht, dass das Land in dieser Konsequenz auf dieses Thema reagiert, legte **Herr Schönemann** dar. Damit war nicht zu rechnen. Dieses Mal wurden Versprechungen gehalten. Da es aber inzwischen ein markantes Thema ist, um Schäden vom Eigentum der Bevölkerung abzuhalten und Wertminderungen entgegenzuwirken, sehe er das als politische Priorität. Im Verhältnis zu dem was gebraucht wird, sei das ein Tropfen auf dem heißen Stein. Dieses Thema wurde auch in der gestern stattgefundenen Sitzung des Hochwasserausschuss thematisiert. Es gehe immer um den Status Quo, den Bestand so zu halten, wie er im Augenblick ist. Die Szenarien, die der Klimawandel nach sich ziehe, habe man noch nicht berücksichtigt, wobei sich die Frage stelle, ob das überhaupt mit Mitteln beherrschbar werde. Das sei für die Haushaltsplanung in der Zukunft wichtig und liege in der Verantwortung des Rates und der Verwaltung gegenüber der Bürgerschaft.

4.1.1.8 Einzelplan 7 - Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung

.

Zum UA 77, Haushaltsstelle 70000 Fuhrpark, verwies **Frau Ehlert** auf eine Konzeption, der zu entnehmen war, dass der Fuhrpark schlecht ausgerüstet ist. Auf Nachfrage hatte sie die Antwort erhalten, dass man jetzt neue Fahrzeuge habe. Demzufolge müsse sie unterstellen, dass das hier keine Ersatzinvestition ist. Wenn sie den letzten Aussagen von der Logik her folge, sei man so gut ausgestattet, dass man kein neues Fahrzeug mehr brauche.

Es wurde nur gesagt, man habe keine älteren Fahrzeuge mehr, die nicht den Umweltanforderungen entsprechen, erwiderte **Frau Nußbeck**. Trotzdem müsse man nach wie vor immer weiter erneuern. Man habe also immer noch Fahrzeuge, die älter sind als 10 Jahre. Auf Bitten von Frau Ehlert, sagte Frau Nußbeck zu, eine **aktualisierte Liste des Bestandes Fuhrpark dem Protokoll beizufügen**.

Zum UA 79, Haushaltsstelle 79155 – Gewerbegebiet Junkalor/Altener Straße – gebe es noch Klärungsbedarf, erklärte **Herr Schönemann**, denn es gebe eine Pressebegleitung, die dem eigentlichen Sachstand der Schilderung im Bauausschuss widerspreche. Fakt sei, dass die Gewerbegebieterschließung Thema sei, aber man habe das Problem mit dem ersten Ansiedler u. Ä. mehr. Insofern sei das verwirrend, denn es passe mit den Informationen, die er kenne, nicht überein.

Herr Hantusch entgegnete, es wurde eine Pressemitteilung herausgegeben, die dann angereichert wurde, was von der Verwaltung nicht freigegeben war. Diese Anreicherung habe zu Verwirrungen geführt. Das Thema wurde im Bauausschuss besprochen. Die Pressemitteilung war nicht förderlich. Mehr wolle er jedoch dazu nicht sagen oder man müsse in den nichtöffentlichen Teil gehen.

Die Mitteilung der Stadt könne nicht eine andere sein, als das, was in der Presse erscheine, bemerkte **Herr Schönemann**. Wenn es eine Mitteilung des Dezernates gibt und es gehe aus dem Haus etwas anderes heraus, müsse das in der Verwaltung geändert worden sein.

Man habe die Pressemitteilung herausgegeben zum Fördermittelbescheid Junkalor zum Stand der Erweiterung des ehemaligen Junkalorgeländes, stellte **Frau Guth**, Leiterin des Amtes 80, klar. Es gab Nachfragen, welches Areal das betreffe, was seitens der Presse dann angereichert wurde.

Zur Frage von **Herrn Kleinschmidt**, ob man den Überschuss Junkalor noch woanders finden könne, erklärte **Frau Wirth**, dieser sei bereits in den Gesamtvermögenshaushalt eingeflossen. Der Überschuss hänge damit zusammen, dass man in den Vorjahren mehr Eigenmittel erbracht hat, als man Fördermittel hatte.

Herr Bönecke ging auf den UA 77, HH-Stelle 77016 – Bauhof Rodleben – ein. Bezüglich der Nr. 93505 Erwerb Kleinwagen fragte er, wozu ein Bauhof einen Kleinwagen brauche. Erwidernd merkte **Herr Rumpf** an, es arbeiten dort 6 Leute, die auch in Brambach arbeiten und schon Technik haben, die ersetzt werden müsse, da sie schon über 10 Jahre alt ist.

Sich auf die Haushaltsstelle 79161 - Industriehafen Roßlau - beziehend, stellte **Herr Ehm** die Frage, ob man angesichts der allgemeinen Haushaltssituation und der prekären Situation in der Stadt die 208 T€ nicht z. B. für den Wasserbau verwenden und diese Position Industriehafen um ein Jahr verschieben könne.

Es handele sich um Eigenmittel der Stadt, die man nicht verschieben könne, erwiderte **Herr Bönecke**. **Herr Koschig** ergänzte, man bekomme Fördermittel in Höhe von fast 1,7 Mio. €, die Eigenmittel erfordern. Es betreffe nicht nur den Industriehafen, sondern auch das Hydrierwerk und das gesamte Gewerbegebiet westlich des Stadtteiles Roßlau. Es gebe einen Gesamtjahresplan über die ganzen Jahresscheiben, wo es dann anders aussehe.

4.1.1.9 Einzelplan 8 - Wirtschaftliche Unternehmen, allgemeines Grund- und Sondervermögen

Es bestand kein Diskussionsbedarf.

4.1.1.1 Einzelplan 9 - Allgemeine Finanzwirtschaft **0.**

Es wurde keine Diskussion geführt.

4.1.2. Investitionsprogramm 2016 - 2018

Frau Ehlert bemerkte, auf der Seite 893 sei erneut das Bauwerk 11 aufgeführt, was wie bereits verhandelt, geändert werden müsse. Des Weiteren fragte sie, warum die B 185 soweit nach hinten gerutscht ist.

Herr Pfefferkorn, Leiter des Tiefbauamtes, erwiderte, mit dem Schwerpunktvorhaben Ostrandstraße, respektive Bauwerk 11, wurden diese Fördermittelprogramme total überlastet. Das Förderprogramm gehe bis Ende 2013, weshalb man nur bis max. 2014 abrechnen könne. Wie das nächste Förderprogramm aussieht, konnte man vom Ministerium noch nicht erfahren.

Verkehrssicherheitsseitig dürfte der Abschnitt zwischen Lichtenauer Straße und Abzweig Mosigkau das Hauptproblem darstellen, weniger das Stück, was in der Ortslage noch gemacht werden muss, bemerkte **Herr Bönecke**. Er fragte, ob keine Möglichkeit bestanden hat, über das Konjunkturpaket II zumindest eine Instandsetzung zu machen, wenn man jetzt schon wisse, dass es bis 2016 verschoben wird.

Bezüglich des Konjunkturpaketes habe man keine Chance, weil das nur auf Lärmschutz ausgerichtet war, legte **Herr Pfefferkorn** dar. Man habe in diesem Bereich einen schlechten Untergrund. Die Entwässerung sei schwierig und ein Sammelbecken für Regenwasser seien Schwerpunkte, die nicht über das Konjunkturpaket zu machen sind.

Frau Ehlert bat um Aussagen zur Zahlung an den Entschädigungsfonds, was auf der Seite 899 dargestellt ist. Zur Zahlung an den Entschädigungsfonds werden wir vom Bund aufgefordert, führte **Frau Wirth** aus. Das hänge mit der Klärung von Grundstücksfragen zusammen. Wenn wir Grundstücke erhalten haben, wo jetzt noch Dritte entschädigt werden müssen, werde die Stadt beauftragt, einen Teil dazu zu geben. Man sei immer von dieser Behörde abhängig und könne den Prozess nicht selber steuern. In einer Information für die Stadträte könnte man etwas zum Inhalt sagen und auch wofür die Stadt entschädigen muss.

Auf der Seite 900, 77000 – Erwerb von Fahrzeugen – sei das vom damaligen Baudezernenten Angemahnte, jedes Jahr ein neues Fahrzeug anzuschaffen, dargestellt, fuhr **Frau Ehlert** fort. Darüber sollte man sich noch einmal unterhalten, jedoch wolle sie dazu den diesbezüglichen Protokollanhang abwarten.

Herr Ehm verwies auf die erneute Darstellung des Brückenbauwerkes 11 auf der Seite 904, Punkt 28.

Auf die Frage von **Frau Ehlert** zur Südschwimmhalle, bemerkte **Herr Schönemann**, dass diesbezüglich eine Vorlage im Bauausschuss vorgelegen hat. Es sei vorgesehen, konzeptionell einiges auf den Weg zu bringen, 150 T€ sind dafür angemeldet.

Es gebe keine Gesamtfinanzierung, machte **Frau Nußbeck** deutlich. Man rede über 4,8 Mio. €. Die Ostrandstraße, das Brückenbauwerk und das Besucherzentrum seien alles 15-Mio.-€-Brocken. Irgendwann sei man am Ende. Das Gutachten müsse trotzdem diskutiert werden, ob es schon die Erwartungen aus wirtschaftlicher Sicht erfüllt, denn man müsse über den Querverbund DVV usw. reden. Daran müsse gearbeitet werden, denn die Schwimmhalle in der Askanischen Straße werde niemals die Südschwimmhalle ersetzen können.

Resümierend könne man sagen, bei einem Oberzentrum ohne Schwimmhalle wäre das erste Häkchen zur Abwicklung gemacht, gab **Herr Schönemann** zu bedenken.

Herr Koschig brachte zum Ausdruck, Leistungssport sei schön, aber höchste Priorität habe der Schwimmunterricht für Kinder und die Möglichkeiten für Rehabilitation. Es sei bedenklich, wenn ein Oberzentrum eines Tages nicht in der Lage ist das Angebot der Daseinsfürsorge zu haben. Es gebe aber noch keine in sich schlüssige Lösung, die für den Haushalt in Zahlen darstellbar wäre.

Der öffentliche Teil der Sitzung wurde beendet und Nichtöffentlichkeit hergestellt.

6. Schließung der Sitzung

Die Sitzung wurde beendet.

Dessau-Roßlau, 19.03.12

Oberbürgermeister Klemens Koschig
Vorsitzender Haupt- und Personalausschuss

Schriftführer